

FRAGEN ZUR STRAFPROZESSORDNUNG

1. Wer erhebt in Italien die Anklage?

- A) Der Richter
- B) Die Gerichtspolizei
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Die verletzte Person

Richtige Antwort: C

Erklärung: Laut Art. 112 der Verfassung hat der Staatsanwalt die Pflicht, das Klagerecht in Strafsachen auszuüben.

2. Welcher Prozessgrundsatz garantiert, dass der Angeklagte bis zum endgültigen Urteil nicht als schuldig gilt?

- A) Der Grundsatz der Mündlichkeit
- B) Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs
- C) Der Grundsatz der Unschuldsvermutung
- D) Der Grundsatz der Unmittelbarkeit

Richtige Antwort: C

Grundlage: Laut Art. 27 Abs. 2 der Verfassung wird der Angeklagte bis zur endgültigen Verurteilung nicht als schuldig betrachtet.

3. Der Verteidiger des Angeklagten ist:

- A) Fakultativ
- B) Obligatorisch
- C) Nur in der Hauptverhandlung vorgesehen
- D) Nur vom Gericht ernannt

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Verteidiger ist immer obligatorisch (Art. 97 StPO).

4. Die Zivilpartei ist:

- A) Der Staatsanwalt
- B) Die verletzte Person, die Schadenersatz verlangt
- C) Der Verteidiger des Angeklagten
- D) Der Angeklagte

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Zivilpartei schützt ihre zivilrechtlichen Ansprüche im Strafprozess.

5. Der Angeklagte gilt als solcher ab:

- A) Der Erstellung der Nachricht über die strafbare Handlung
- B) Der Eintragung in das Register für die Nachrichten über strafbare Handlungen
- C) Der Erhebung der Anklage
- D) Der Festnahme

Richtige Antwort: C

Erklärung: Man gilt als Angeklagter ab dem Zeitpunkt, an dem die Staatsanwaltschaft formell Anklage erhebt (Art. 60 StPO).

6. Die verletzte Person ist:

- A) Wer durch das Verfahren einen moralischen Schaden erleidet
- B) Wer Opfer der strafbaren Handlung ist
- C) Nur wer sich als Zivilpartei in das Verfahren einlässt
- D) Nur der Strafantragsteller

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die verletzte Person hat das durch die strafbare Handlung beeinträchtigte rechtliche Interesse.

7. Wer leitet die Vorerhebungen?

- A) Der Richter für die Vorerhebungen
- B) Die Gerichtspolizei
- C) Die Staatsanwaltschaft
- D) Das Friedensgericht

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Erhebungen werden von der Staatsanwaltschaft geleitet, wobei einige Tätigkeiten an die Gerichtspolizei delegiert werden.

8. Welche ist die ordentliche Dauer der Vorerhebungen?

- A) 3 Monate
- B) 6 Monate
- C) 12 Monate
- D) 18 Monate

Richtige Antwort: C

Erklärung: ordentliche Dauer: 12 Monate. Aufgrund der Cartabia-Reform beträgt die Frist für den Abschluss der Vorerhebungen ein Jahr ab Eintragung der Nachricht über eine strafbare Handlung, wobei diese Frist für die strafbaren Handlungen laut Art. 407 Abs. 2 StPO auf ein Jahr und sechs Monate verlängert werden kann. Für Übertretungen beträgt die ordentliche Frist sechs Monate.

9. Welches Organ wendet die vorbeugenden Maßnahmen an, die sich auf die Person beziehen?

- A) Die Staatsanwaltschaft
- B) Die Gerichtspolizei
- C) Der Richter für die Vorerhebungen
- D) Das Schwurgericht

Richtige Antwort: C

Erklärung: Nur der Richter für die Vorerhebungen kann diese Maßnahmen auf Antrag der Staatsanwaltschaft anwenden.

10. Welche ist die schwerwiegendste vorbeugende Maßnahme?

- A) Aufenthaltsverbot
- B) Hausarrest
- C) Pflicht zur Meldung bei der Gerichtspolizei
- D) Vorbeugende Verwahrungshaft in einer Strafanstalt

Richtige Antwort: D

Erklärung: Die vorbeugende Verwahrungshaft in einer Strafanstalt ist die härteste Maßnahme.

11. Welche Bedingungen sind für die vorbeugenden Maßnahmen, die sich auf die Person beziehen, erforderlich?

- A) Nachricht über eine strafbare Handlung
- B) Schuldindizien + Vorbeugebedarf
- C) Anzeige der verletzten Person
- D) Antrag der Gerichtspolizei

Richtige Antwort: B

Erklärung: Art. 273 StPO: schwerwiegende Indizien + Vorbeugebedarf

12. In welcher Phase wirkt der Grundsatz des rechtlichen Gehörs hauptsächlich?

- A) Vorerhebungen
- B) Hauptverhandlung
- C) Archivierung
- D) Vorbeugende Maßnahmen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Hauptverhandlung ist der bevorzugte Ort des rechtlichen Gehörs.

13. Die Nachricht über eine strafbare Handlung muss eingetragen werden von:

- A) Dem Richter für die Vorerhebungen
- B) Der Staatsanwaltschaft
- C) Der Zivilpartei
- D) Dem Angeklagten

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es steht der Staatsanwaltschaft zu, die Nachricht über eine strafbare Handlung in das Register für die Nachrichten über strafbare Handlungen einzutragen.

14. Was ist der Legalitätsgrundsatz?

- A) Der Richter muss richten.
- B) Die Gerichtspolizei muss festnehmen.
- C) Die Staatsanwaltschaft hat die Pflicht, bei Vorliegen von Nachrichten über strafbare Handlungen das Klagerecht in Strafsachen auszuüben.
- D) Der Angeklagte muss sich verteidigen.

Richtige Antwort: C

Erklärung: Grundlage: Art. 112 der Verfassung

15. Die Einlassung der Zivilpartei erfolgt:

- A) Immer von Amts wegen
- B) Nur im Zivilverfahren
- C) Im Strafverfahren mit ausdrücklicher Erklärung
- D) Automatisch mit dem Strafantrag

Richtige Antwort: C

Erklärung: Es ist eine freiwillige Handlung der verletzten Person.

16. Welcher Grundsatz garantiert, dass das Gericht ausschließlich auf der Grundlage der in der Verhandlung erörterten Beweise entscheidet?

- A) Der Unmittelbarkeitsgrundsatz
- B) Der Mündlichkeitsgrundsatz
- C) Der Öffentlichkeitsgrundsatz
- D) Der Untersuchungsgrundsatz

Richtige Antwort: B

Erklärung: Mündlichkeit = in der Hauptverhandlung vor dem Gericht erörterte Beweise

17. Der Richter für die Vorerhebungen ist:

- A) Gericht erster Instanz
- B) Gericht, das über die vorbeugenden Maßnahmen entscheidet
- C) Ein Organ der Staatsanwaltschaft
- D) Gericht zweiter Instanz

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Richter für die Vorerhebungen hat die Kontrollfunktion über die Erhebungen.

18. Darf der Angeklagte sich selbst verteidigen?

- A) Ja, immer
- B) Nein, niemals
- C) Ja, nur wenn er Rechtsanwalt ist und dies beantragt.
- D) Nur im Berufungsverfahren

Richtige Antwort: C

Erklärung: Er darf dies nur, wenn er ein zugelassener Rechtsanwalt ist.

19. Wer kann Widerspruch gegen den Antrag auf Archivierung erheben?

- A) Der Angeklagte
- B) Die Gerichtspolizei
- C) Die verletzte Person
- D) Der Amtsverteidiger

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die verletzte Person kann Einspruch erheben, um weitere Erhebungen zu fordern.

20. Welches Gericht ist für die schwersten Straftaten (z. B. Mord) zuständig?

- A) Das Landesgericht als Einzelgericht
- B) Das Oberlandesgericht
- C) Das Schwurgericht
- D) Das Überwachungsgericht

Richtige Antwort: C

Erklärung: Das Schwurgericht urteilt über die schwersten Straftaten.

21. Welche Funktion hat die Vorverhandlung?

- A) Feststellung der Schuld
- B) Überprüfung, ob die Anklage vor Gericht Bestand hat
- C) Durchführung der Erhebungen
- D) Anwendung der vorbeugenden Maßnahmen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie dient zur Überprüfung, ob die Beweislage ausreicht, um das Hauptverfahren einzuleiten.

22. Welches Gericht leitet die Vorverhandlung?

- A) Das Gericht der Vorverhandlung
- B) Das Schwurgericht
- C) Das Landesgericht als Kollegialgericht
- D) Das Friedensgericht

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Vorverhandlung findet vor dem Gericht der Vorverhandlung statt.

23. Welches Organ erlässt das Dekret auf Einleitung des Hauptverfahrens?

- A) Die Staatsanwaltschaft
- B) Das Gericht der Vorverhandlung
- C) Der Richter für die Vorerhebungen
- D) Das Landesgericht als Einzelgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Gericht der Vorverhandlung ordnet die Einleitung des Hauptverfahrens gegen den Angeklagten an.

24. Welche Maßnahme eröffnet die Hauptverhandlung?

- A) Der Eröffnungsantrag der Staatsanwaltschaft
- B) Das Dekret auf Einleitung des Hauptverfahrens
- C) Der Beschluss zur Anordnung einer vorbeugenden Maßnahme
- D) Das Urteil auf Einstellung des Verfahrens

Richtige Antwort: B

Erklärung: Mit dem Dekret auf Einleitung des Hauptverfahrens beginnt das eigentliche Hauptverfahren.

25. Das Urteil auf Einstellung eines Verfahrens wird erlassen:

- A) In der Hauptverhandlung
- B) In der Vorverhandlung
- C) In der Vollstreckungsphase
- D) Im Berufungsverfahren

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Gericht der Vorverhandlung erlässt es, wenn die Beweislage für ein Hauptverfahren nicht ausreicht.

26. Welche Aufgabe haben die besonderen Verfahren?

- A) Die Verfahrensdauer verlängern
- B) Das Verfahren beschleunigen und vereinfachen
- C) Eine Strafe durch eine andere Maßnahme ersetzen
- D) Die zivilrechtliche Forderung im Strafverfahren beseitigen

Richtige Antwort: B

Erklärung: besondere Verfahren = Verfahren zur Entlastung des Gerichts, die der Verkürzung der Dauer und der Senkung der Verfahrenskosten dienen

27. Das abgekürzte Verfahren wird durchgeführt:

- A) Mit ordentlicher Hauptverhandlung
- B) Nach der Aktenlage
- C) Mit neuen mündlichen Beweisen
- D) Nur vor dem Schwurgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Im abgekürzten Verfahren wird auf Grundlage der Erhebungsakten entschieden.

28. Welchen Vorteil hat das abgekürzte Verfahren für den Angeklagten?

- A) Automatische Freisprechung
- B) Herabsetzung der Strafe um ein Drittel
- C) Archivierung des Verfahrens
- D) Reduzierung der Strafe um die Hälfte

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Angeklagte erhält eine Herabsetzung der Strafe.

29. Wie wird die Strafzumessung auf Antrag der Parteien auch genannt?

- A) Abgekürztes Verfahren (giudizio abbreviato“)
- B) Verständigung im Strafverfahren („patteggiamento“)
- C) Verfahrensaussetzung zur Bewährung („messa alla prova“)
- D) sofortiges Hauptverfahren („rito immediato“)

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist die Vereinbarung zwischen Angeklagtem und Staatsanwaltschaft (Art. 444 StPO).

30. Bei der Strafzumessung auf Antrag der Parteien beträgt die Höchststrafe:

- A) 5 Jahre Freiheitsstrafe
- B) 2 Jahre Freiheitsstrafe
- C) 5 Jahre (Freiheitsstrafe bzw. in Geld abzuleistende Strafe)
- D) 3 Jahre nur in Geld abzuleistende Strafe

Richtige Antwort: C

Erklärung: Das Gesetz sieht eine Höchststrafe vor, die vereinbart werden kann.

31. Wer entscheidet, ob der Antrag auf Strafzumessung auf Antrag der Parteien angenommen wird?

- A) Der Staatsanwalt
- B) Das Gericht
- C) Der Angeklagte
- D) Der Richter für die Vorerhebungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Gericht prüft die Richtigkeit der Vereinbarung.

32. Das sofortige Hauptverfahren wird im folgenden Fall angeordnet:

- A) Der Angeklagte beantragt es.
- B) Es liegen klare Beweise für die Schuld vor.
- C) Die verletzte Person beantragt es.
- D) Das entscheidet die Gerichtspolizei.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Voraussetzung ist die Eindeutigkeit der Beweislage (Art. 453 StPO).

33. Das Schnellverfahren wird durchgeführt:

- A) Nach dem Berufungsverfahren
- B) Im Fall einer Anhaltung auf frischer Tat
- C) Bei Fahrlässigkeitsdelikten
- D) Nur für Minderjährige

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist ein besonderes Verfahren bei Anhaltung auf frischer Tat oder bei Geständnis.

34. Die Verfahrensaussetzung zur Bewährung kann angewandt werden auf:

- A) Alle strafbaren Handlungen
- B) Besonders schwere strafbare Handlungen
- C) Weniger schwere strafbare Handlungen
- D) Steuerstraftaten

Richtige Antwort: C

Erklärung: Sie ist eine Alternative zur Strafe bei weniger schweren Straftaten.

35. Was kann der Angeklagte im erweiterten abgekürzten Verfahren beantragen?

- A) Neue Erhebungen
- B) Die Zulassung neuer Beweismittel
- C) Die Aussetzung des Verfahrens
- D) Die Verjährung

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist eine erweiterte Form des abgekürzten Verfahrens.

36. Der Strafbefehl hat zur Folge:

- A) Den Freispruch
- B) Die Verhängung einer in Geld abzuleistenden Strafe ohne Hauptverhandlung
- C) Die Archivierung
- D) Die Strafzumessung auf Antrag der Parteien

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist ein besonderes Verfahren für in Geld abzuleistende Strafen.

37. Das abgekürzte Verfahren kann beantragt werden:

- A) Nur im Berufungsverfahren
- B) Bis zur Vorverhandlung
- C) Nur in der Hauptverhandlung
- D) Nach dem Urteil

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Angeklagte kann es bis zur Vorverhandlung beantragen.

38. Welches Verfahren ist kein besonderes Verfahren?

- A) Die Strafzumessung auf Antrag der Parteien
- B) Das abgekürzte Verfahren
- C) Die ordentliche Hauptverhandlung
- D) Der Strafbefehl

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Hauptverhandlung ist das ordentliche Verfahren, kein besonderes Verfahren.

39. Die Herabsetzung der Strafe bei der Strafzumessung auf Antrag der Parteien beträgt:

- A) 1/2
- B) 1/3
- C) 1/4
- D) 2/3

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die vereinbarte Strafe wird um ein Drittel herabgesetzt.

40. Was hat die Bewährung für erwachsene Angeklagte zur Folge?

- A) Das Erlöschen der strafbaren Handlung bei positivem Ergebnis
- B) Eine Herabsetzung der Strafe
- C) Die automatische Archivierung
- D) Die Aussetzung der Verjährung

Richtige Antwort: A

Erklärung: Wenn die Bewährung erfolgreich verläuft, erlischt die strafbare Handlung.

41. Welche Maßnahme eröffnet die Hauptverhandlung?

- A) Die Einlassung der Zivilpartei
- B) Die Erklärung der Eröffnung der Hauptverhandlung
- C) Der Beweisantrag der Staatsanwaltschaft
- D) Die Vernehmung des Angeklagten

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Hauptverhandlung wird vom Präsidenten des Kollegialgerichts (oder vom Einzelrichter) für eröffnet erklärt.

42. Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung bedeutet Folgendes:

- A) Die Parteien erhalten immer eine Kopie der Akten.
- B) Die Verhandlung ist öffentlich.
- C) Die Presse hat immer Zugang.
- D) Die Beweise sind geheim.

Richtige Antwort: B

Erklärung: In der Regel findet der Grundsatz der Öffentlichkeit Anwendung, mit Ausnahme von Fällen aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder zum Schutz von Minderjährigen.

43. Welcher Verfahrensgrundsatz verlangt, dass der Richter sein Urteil auf der Grundlage der in der Hauptverhandlung erhobenen Beweise bildet?

- A) Der Geheimhaltungsgrundsatz
- B) Der Unmittelbarkeitsgrundsatz
- C) Der Untersuchungsgrundsatz
- D) Der Vertraulichkeitsgrundsatz

Richtige Antwort: B

Erklärung: Unmittelbarkeitsgrundsatz = Unmittelbarkeit zwischen Richter und Beweismitteln

44. Die Zeugenvernehmung erfolgt:

- A) Schriftlich
- B) Mündlich im Kreuzverhör
- C) Durch Erklärung des Staatsanwalts
- D) Nur bei den Erhebungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Zeugen werden mündlich vor dem Richter vernommen.

45. Die Reihenfolge der Beweisaufnahme wird festgelegt von:

- A) Dem Staatsanwalt
- B) Dem Gericht
- C) Dem Angeklagten
- D) Dem Gesetz

Richtige Antwort: D

Erklärung: Das Gesetz regelt die Beweisaufnahme.

46. Im Strafverfahren wird die Beweisaufnahme durch den folgenden Grundsatz geregelt:

- A) Freie Beweiswürdigung
- B) Freie Überzeugung des Richters
- C) Gesetzlicher Beweis
- D) Gebundener Beweis

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Richter bewertet die Beweise nach freier Überzeugung, vorbehaltlich gesetzlicher Ausnahmen (z. B. Urkunden mit gesetzlichem Beweiswert).

47. Wer kann als Zeuge vernommen werden?

- A) Alle, vorbehaltlich der Unvereinbarkeit
- B) Nur wer kein eigenes Interesse hat
- C) Nur wer am Verfahren unbeteiligt ist
- D) Kein Angehöriger des Angeklagten

Richtige Antwort: A

Erklärung: Jeder kann als Zeuge vernommen werden, jedoch bestehen bestimmte Ausschlussgründe (z. B. Verteidiger, Mitangeklagter).

48. Ist der Angeklagte verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, wenn er vernommen wird?

- A) Ja, immer.
- B) Nein, er ist nicht verpflichtet.
- C) Nur in der Hauptverhandlung.
- D) Nur, wenn er nicht inhaftiert ist.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Angeklagte darf lügen, ohne strafrechtliche Konsequenzen zu fürchten.

49. Was ist der Unterschied zwischen Zeugen und Angeklagten?

- A) Kein Unterschied
- B) Der Zeuge muss die Wahrheit sagen, der Angeklagte nicht.
- C) Beide müssen einen Eid leisten.
- D) Beide können schweigen.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Zeuge ist verpflichtet, die Wahrheit zu sagen, der Angeklagte hat das Recht zu schweigen.

50. Der indirekte Zeugenbeweis heißt auch:

- A) Erklärung aus freien Stücken
- B) „De-relato-Zeugenaussage“
- C) Gegenvernehmung
- D) Kreuzverhör

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist die Aussage von jemandem, der Tatsachen wiedergibt, die er von anderen erfahren hat.

51. Das Kreuzverhör ist typisch für das Modell des:

- A) Inquisitionsprozesses
- B) Akkusationsprozesses
- C) gemischt geführten Prozesses
- D) Verwaltungsprozesses

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist ein Merkmal des Akkusationsprozesses, bei dem sich die Parteien direkt gegenüberstehen.

52. Die in der Erhebungsphase gesammelten Beweise:

- A) Sind immer verwertbar.
- B) Sind in der Hauptverhandlung außer in Ausnahmefällen nicht verwertbar.
- C) Werden immer aufgehoben.
- D) Haben Vorrang vor den Beweisen aus der Hauptverhandlung.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Im Verlauf der Vorerhebung werden Beweismittel gesammelt, während die Beweislage in der Hauptverhandlung gebildet wird.

53. Was sind untypische Beweise?

- A) Beweismittel, die gesetzlich nicht vorgesehen, aber vom Richter zugelassen sind
- B) Schriftliche Beweismittel
- C) Zeugenaussagen
- D) Digitale Beweismittel

Richtige Antwort: A

Erklärung: Im Strafverfahren sind untypische Beweise diejenigen, die zwar nicht ausdrücklich in der Strafprozeßordnung vorgesehen sind, aber laut Art. 189 StPO zugelassen werden können, wenn sie geeignet erscheinen, die Feststellung der Tatsachen sicherzustellen, und nicht verboten sind. Beispiele hierfür sind Videoaufzeichnungen von nichtkomunikativem Verhalten an öffentlichen Orten (wie Aufnahmen von Überwachungskameras) laut Art. 189 StPO oder Zeugenaussagen, die in einem Zivilprozess gewonnen wurden und im Strafverfahren verwendet werden.

54. Das Amtsgutachten wird angeordnet von:

- A) Der Staatsanwaltschaft
- B) Dem Gericht
- C) Dem Angeklagten
- D) Der Zivilpartei

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Amtssachverständige wird vom Gericht bestellt.

55. Die Parteisachverständigen werden benannt:

- A) Von der Staatsanwaltschaft oder vom Verteidiger
- B) Nur vom Gericht
- C) Vom Oberlandesgericht
- D) Von der Gerichtspolizei

Richtige: A

Erklärung: Die Parteien können Parteisachverständige benennen.

56. Was ist der Urkundenbeweis?

- A) Eine mündliche Aussage
- B) Ein als Beweismittel vorgelegtes Dokument
- C) Ein Amtsgutachten
- D) Eine schriftliche Zeugenaussage

Richtige Antwort: B

Erklärung: z. B. Verträge, Briefe, E-Mails, Aufzeichnungen

57. Die Gegenüberstellung von Zeugen dient dazu:

- A) Widersprüche zwischen Zeugenaussagen durch eine gemeinsame Vernehmung zu klären
- B) Die Hauptverhandlung zu vermeiden
- C) Die Unverwertbarkeit zu erklären
- D) Vorbeugende Maßnahmen anzuwenden

Richtige Antwort: A

Erklärung: Sie wird verfügt, um Widersprüche zwischen Zeugenaussagen aufzuklären.

58. Die Aussagen, die ein Angeklagter in einem zusammenhängenden Verfahren gemacht hat, gelten als:

- A) Zeugenaussagen
- B) Aussagen, die nur eingeschränkt verwertbar sind
- C) Rechtsgültige Beweise
- D) Immer unzulässige Aussagen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie sind verwertbar, jedoch mit Vorbehalten(Art. 197-bis StPO).

59. Der rechtswidrig aufgenommene Beweis ist:

- A) Frei bewertbar
- B) Unzulässig
- C) Unerheblich
- D) Ein untypischer Beweis

Richtige Antwort: B

Erklärung: Art. 191 StPO: Unzulässigkeit der rechtswidrig aufgenommenen Beweise

60. Der Richter muss sich für eine Verurteilung auf folgende Beweise stützen:

- A) Urkundenbeweise und Zeugenaussagen
- B) Nur Urkundenbeweise
- C) Nur Zeugenaussagen
- D) Nur Amtsgutachten

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Beweise können Urkundenbeweise oder Zeugenaussagen sein.

61. Was sind Rechtsmittel?

- A) Verteidigungshandlungen in der Hauptverhandlung
- B) Anfechtungsmittel gegen die Entscheidungen des Richters
- C) Verfahrenshandlungen der Gerichtspolizei
- D) Handlungen zur Vorbereitung der Erhebungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie ermöglichen es, die Überprüfung einer gerichtlichen Entscheidung zu beantragen.

62. Welche sind die ordentlichen Rechtsmittel?

- A) Berufung und Kassationsbeschwerde
- B) Wiederaufnahme und Widerspruch
- C) Widerspruch gegen Strafbefehl
- D) Zwischenverfahren beim Vollstreckungsverfahren

Richtige Antwort: A

Erklärung: Ordentliche Rechtsmittel sind jene, die gegen nicht endgültige Urteile eingelegt werden können.

63. Was sind die außerordentlichen Rechtsmittel?

- A) Berufung
- B) Kassationsbeschwerde
- C) Wiederaufnahme und Aufhebung der Rechtskraft
- D) Widerspruch

Richtige Antwort: C

Erklärung: außerordentlich = gegen endgültige Urteile

64. Von wem kann Berufung eingelegt werden?

- A) Nur vom Angeklagten
- B) Vom Angeklagten, von der Staatsanwaltschaft und von der Zivilpartei
- C) Nur von der Staatsanwaltschaft
- D) Nur vom Verteidiger

Richtige Antwort: B

Erklärung: Alle Parteien haben das Recht, innerhalb der vorgesehenen Grenzen Berufung einzulegen.

65. Welches Organ entscheidet über die Berufung gegen die Urteile des Landesgerichts als Einzelgericht?

- A) Der Kassationsgerichtshof
- B) Das Schwurgericht
- C) Das Oberlandesgericht
- D) Der Richter für die Vorerhebungen

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Berufung fällt in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts.

66. Die Frist zur Einlegung der Berufung beträgt:

- A) 15, 30 oder 45 Tage nach dem Urteil
- B) 30 Tage
- C) 10 Tage
- D) 60 Tage

Richtige Antwort: A

Erklärung: Die Frist zur Einlegung der Berufung im Strafverfahren beträgt 15, 30 oder 45 Tage, je nachdem, wann und wie die Urteilsbegründung hinterlegt wird. Im Detail: 15 Tage für nichtöffentliche Verfahren; 30 Tage für Urteile, deren Begründung innerhalb von 15 Tagen nach der Urteilsverkündung hinterlegt wird; 45 Tage für Urteile, deren Begründung innerhalb von 90 Tagen nach der Urteilsverkündung hinterlegt wird. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Mitteilung über die Hinterlegung des Urteils.

67. Aus welchen Gründen wird eine Kassationsbeschwerde eingelegt?

- A) Aus Gründen in der Sache
- B) Aus Gründen der Rechtmäßigkeit
- C) Wegen Fragen zivilrechtlicher Natur
- D) Zur Vollstreckung der Strafe

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Kassationsgerichtshof entscheidet nur über die Rechtmäßigkeit.

68. Welches Organ entscheidet über Kassationsbeschwerden?

- A) Das Oberlandesgericht
- B) Der Verfassungsgerichtshof
- C) Der Kassationsgerichtshof
- D) Der Staatsrat

Richtige Antwort: C

Erklärung: Der Kassationsgerichtshof ist das oberste Gericht für die Kontrolle der Rechtmäßigkeit.

69. Welche Art von Rechtsmittel ist gegen unwiderruflich gewordene

Maßnahmenzulässig?

- A) Berufung
- B) Kassationsbeschwerde
- C) Wiederaufnahme
- D) Rechtsmittel wegen inhaltlichem Fehler

Richtige Antwort: C

Erklärung: Die Wiederaufnahme ist ein außerordentliches Rechtsmittel, das auf bereits unwiderruflich gewordene Maßnahmen angewandt wird. Die ordentlichen Rechtsmittel – wie die Berufung und die Kassationsbeschwerde – müssen innerhalb einer spezifischen Frist eingelegt werden.

70. Gegen welche Urteile kann Berufung eingelegt werden?

- A) Alle
- B) Alle mit Ausnahme einiger ausdrücklich ausgeschlossener Urteile
- C) Nur die auf Verurteilung lautenden Urteile
- D) Nur die Urteile vom Senat

Richtige Antwort: B

Erklärung: Gegen einige Urteile – z. B. Freisprüche wegen besonderer Geringfügigkeit – kann keine Berufung eingelegt werden.

71. Was ist die Hauptwirkung eines Rechtsmittels?

- A) Aussetzende und übertragende Wirkung
- B) Nur aussetzende Wirkung
- C) Nur übertragende Wirkung
- D) Keine Wirkung

Richtige Antwort: A

Erklärung: Das Rechtsmittel überträgt die Sache an das übergeordnete Gericht und setzt die Wirkung aus.

72. Was bedeutet die übertragende Wirkung der Berufung?

- A) Dass sie das Urteil für nichtig erklärt.
- B) Dass sie die Entscheidungsbefugnis an das übergeordnete Gericht überträgt.
- C) Dass sie die Strafe aussetzt.
- D) Dass sie die strafbare Handlung erlöschen lässt.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Neue Entscheidungsbefugnis in der Sache durch das Berufungsgericht

73. Welche Grenze hat die übertragende Wirkung der Berufung?

- A) Sie ist unbegrenzt.
- B) Sie gilt nur für die Teile des Urteils, die im Rechtsmittel angefochten wurden.
- C) Sie gilt nur für den Angeklagten.
- D) Sie gilt nur für die Staatsanwaltschaft.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Berufungsgericht urteilt nur über die Teile des Urteils, die angefochten wurden.

74. Im Falle einer Verschlechterung (reformatio in peius) gilt Folgendes in Bezug auf das Berufungsurteil:

- A) Die Lage des Angeklagten darf sich niemals verschlechtern, wenn nur er das Rechtsmittel eingelegt hat.
- B) Das Berufungsurteil kann die Strafe jederzeit erhöhen.
- C) Das Berufungsurteil ist für nichtig erklärt.
- D) Das Berufungsurteil wird an den Kassationsgerichtshof übermittelt.

Richtige Antwort: A

Erklärung: absolutes Verbot: Verschlechterung nur, wenn auch die Staatsanwaltschaft Berufung einlegt

75. Die Wiederaufnahme ist zulässig:

- A) Nur im Berufungsverfahren
- B) Immer gegen endgültige Urteile
- C) Nur wegen Formfehler
- D) Bei in Geld abzuleistenden Strafen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es handelt sich um ein außergewöhnliches Rechtsmittel gegen Justizirrtümer.

76. Die Wiederaufnahme kann beantragt werden:

- A) Nur vom Staatsanwalt
- B) Nur vom Angeklagten
- C) Vom Angeklagten, vom Staatsanwalt und von den Erben des Angeklagten
- D) Nur von der verletzten Person

Richtige Antwort: C

Erklärung: Auch die Erben können sie beantragen, um die Ehre oder das Ansehen des Verstorbenen zu wahren.

77. Die Aufhebung des rechtskräftigen Urteils ist vorgesehen bei:

- A) Rechtsirrtümern
- B) Verfahren, die in Abwesenheit des Angeklagten durchgeführt werden
- C) Urteilen im Rahmen der Strafzumessung auf Antrag der Parteien
- D) Nicht erhobenen Widersprüchen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie dient der Aufhebung einer Verurteilung, die erlassen wurde, ohne dass der Betroffene davon wirksam Kenntnis hatte.

78. Was wird gegen einen Strafbefehl eingelegt?

- A) Berufung
- B) Widerspruch
- C) Wiederaufnahme
- D) Kassationsbeschwerde

Richtige Antwort: B

Erklärung: Durch die Erhebung eines Widerspruchs gegen den Strafbefehl kann der Fall entweder im Hauptverfahren verhandelt oder einem besonderen Verfahren zugeführt werden.

79. Das Urteil des Kassationsgerichtshofs:

- A) Ist endgültig und unanfechtbar.
- B) Kann jederzeit vom Gericht der Tatsacheninstanz geändert werden.
- C) Kann vom Oberlandesgericht erneut überprüft werden.
- D) Kann von der Staatsanwaltschaft geändert werden.

Richtige Antwort: A

Erklärung: Der Kassationsgerichtshof ist das oberste Gericht und seine Urteile sind endgültig.

80. Wenn der Kassationsgerichtshof ein Urteil mit Verweisung für nichtig erklärt,:;

- A) Übermittelt er die Akten dem Friedensgericht
- B) Leitet er das Verfahren an ein Gericht der Tatsacheninstanz weiter, damit es eine neue Entscheidung trifft.
- C) Schließt er das Verfahren endgültig.
- D) Erlässt er ein neues Urteil in der Sache.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Bei Verweisung prüft ein Gericht der Tatsacheninstanz den Fall noch einmal und trifft eine neue Entscheidung.

81. Wann wird ein Strafurteil unwiderruflich?

- A) Nach der Entscheidung des Richters für die Vorerhebungen
- B) Nach Ablauf der ordentlichen Rechtsbehelfsfristen
- C) Nach der Hinterlegung der Urteilsbegründung
- D) Nach der Zustellung an die verletzte Person

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Strafurteil wird rechtskräftig, wenn es keinen ordentlichen Rechtsmitteln mehr unterliegt.

82. Welches Organ veranlasst die Vollstreckung der Strafurteile?

- A) Schwurgericht
- B) Staatsanwaltschaft
- C) Gerichtspolizei
- D) Friedensgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Die Staatsanwaltschaft veranlasst die Vollstreckung der Strafurteile (Art. 655 StPO).

83. Welches Gericht ist für die Vollstreckung zuständig?

- A) Friedensgericht
- B) Überwachungsgericht
- C) Vollstreckungsgericht
- D) Oberlandesgericht

Richtige Antwort: C

Erklärung: Es ist entweder das Gericht, das das Urteil gefällt hat, oder das Überwachungsgericht, je nach Art des Verfahrens.

84. Was sind Sicherungsmaßnahmen?

- A) Ersatzstrafen
- B) Mittel zur Verhinderung der Begehung neuer strafbarer Handlungen
- C) Einsätze der Gerichtspolizei
- D) Vorbeugende Maßnahmen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie dienen dazu, die Gemeingefährlichkeit des Verurteilten zu neutralisieren.

85. Sicherungsmaßnahmen finden Anwendung:

- A) Nur auf Minderjährige
- B) Auch auf Schuldähnliche, aber vor allem auf Schuldunfähige wegen Geistesstörung
- C) Nur auf Rückfällige
- D) Nur auf Häftlinge

Richtige Antwort: B

Erklärung: Typisches Beispiel: Unterbringung in einer forensisch-psychiatrischen Anstalt.

86. Was ist der Unterschied zwischen Strafe und Sicherungsmaßnahme?

- A) Die Strafe ist strafend, die Sicherungsmaßnahme ist vorbeugend.
- B) Es gibt keinen Unterschied.
- C) Die Strafe ist fakultativ.
- D) Die Sicherungsmaßnahme ist ausschließlich eine in Geld abzuleistende Strafe.

Richtige Antwort: A

Erklärung: Strafenbestrafen, Sicherungsmaßnahmen verhindern.

87. Welches Organ entscheidet über die Anwendung haftersetzungender Maßnahmen (z. B. Überlassung zur Betreuung durch den Sozialdienst auf Probe)?

- A) Schwurgericht
- B) Überwachungsgericht
- C) Richter für die Vorerhebungen
- D) Staatsanwaltschaft

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Überwachungsgericht trifft diese Entscheidung.

88. Die Überlassung zur Betreuung durch den Sozialdienst auf Probe ist:

- A) Eine vorbeugende Maßnahme
- B) Eine haftersetzende Maßnahme
- C) Eine Sicherungsmaßnahme
- D) Ein Grund für das Erlöschen der strafbaren Handlung

Richtige Antwort: B

Erklärung: Sie ermöglicht dem Verurteilten, die Strafe außerhalb des Gefängnisses zu verbüßen.

89. Wem kann die bedingte Entlassung gewährt werden?

- A) Jemandem, der einen Teil der Strafe verbüßt und sich gut geführt hat.
- B) Jemandem, der die Strafe noch nicht angetreten hat.
- C) Jemandem, der freigesprochen wurde.
- D) Jemandem, der eine Strafzumessung auf Antrag der Parteien erzielt hat.

Richtige Antwort: A

Erklärung: Es ist eine Belohnung, die im Strafgesetzbuch vorgesehen ist.

90. Haushalt ist:

- A) Eine vorbeugende Maßnahme
- B) Eine haftersetzung Maßnahme
- C) Eine Sicherungsmaßnahme
- D) Eine Nebenstrafe

Richtige Antwort: B

Erklärung: Er ermöglicht dem Verurteilten, die Strafe zu Hause zu verbüßen.

91. Das Verfahren vor dem Überwachungsgericht betrifft:

- A) Die Entscheidung über Rechtsmittel
- B) Die Anwendung und den Widerruf haftersetzender Maßnahmen
- C) Die außerordentlichen Rechtsmittel
- D) Die Archivierung

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Überwachungsgericht entscheidet über die Vollstreckung und die haftersetzenden Maßnahmen.

92. Das Verfahren vor dem für strafbare Handlungen zuständigen Friedensgericht betrifft:

- A) Strafbare Handlungen von besonderer Schwere
- B) Strafbare Handlungen von geringer Schwere
- C) Nur Übertretungen der Straßenverkehrsordnung
- D) Militärische strafbare Handlungen

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das für strafbare Handlungen zuständige Friedensgericht ist für geringfügige Straftaten, wie leichte Schläge, zuständig.

93. Im Jugendstrafverfahren ist das Leitprinzip:

- A) Repression
- B) Erziehung und Schutz des Minderjährigen
- C) Strenge
- D) Öffentlichkeit

Richtige Antwort: B

Erklärung: Das Jugendstrafverfahren basiert auf der erzieherischen Funktion und dem Schutz des Minderjährigen.

94. Welches Organ ist für das Jugendstrafverfahren zuständig?

- A) Überwachungsgericht
- B) Jugendgericht
- C) Oberlandesgericht – Abteilung für Jugendsachen
- D) Friedensgericht

Richtige Antwort: B

Erklärung: Spezialisiertes Organ, bestehend aus Berufsrichtern und ehrenamtlichen Richtern.

95. Wodurch zeichnet sich das Jugendstrafverfahren aus?

- A) Es ist immer öffentlich.
- B) Es ist auf erzieherische Ziele ausgerichtet.
- C) Es ist schneller.
- D) Es ist immer abgekürzt.

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es zielt eher auf die Wiedereingliederung des Minderjährigen als auf die Bestrafung ab.

96. Was ist die Verfahrensaussetzung zur Bewährung im Jugendstrafverfahren?

- A) Eine Vertagung der Verhandlung
- B) Ein Rechtsinstitut zur Überprüfung der Wiedereingliederung
- C) Eine vorbeugende Maßnahme
- D) Ein besonderes Verfahren

Richtige Antwort: B

Erklärung: Wenn sie positiv verläuft, erlischt die strafbare Handlung.

97. Im Verfahren vor dem für strafbare Handlungen zuständigen Friedensgericht ist die Hauptstrafe:

- A) Gefängnisstrafe
- B) Haftstrafe
- C) Gemeinnützige Arbeit und in Geld abzuleistende Strafen
- D) Geldstrafe

Richtige Antwort: C

Erklärung: Gemeinnützige Arbeit und in Geld abzuleistende Strafen sind von zentraler Bedeutung.

98. Das Strafbefehlsverfahren ist:

- A) Ein ordentliches Verfahren
- B) Ein besonderes und vereinfachtes Verfahren
- C) Ein außerordentliches Verfahren
- D) Ein Überwachungsverfahren

Richtige Antwort: B

Erklärung: Es ist ein besonderes Verfahren ohne Hauptverhandlung.

99. Welche ist die Frist für den Widerspruch gegen den Strafbefehl?

- A) 10 Tage
- B) 15 Tage
- C) 20 Tage
- D) 30 Tage

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Widerspruch muss innerhalb von 15 Tagen ab der Zustellung erhoben werden.

100. Mit dem Widerspruch gegen den Strafbefehl kann der Angeklagte Folgendes beantragen:

- A) Nur die Hauptverhandlung
- B) Auch besondere Verfahren (abgekürztes Verfahren oder Strafzumessung auf Antrag der Parteien)
- C) Nur die Wiederaufnahme
- D) Die bedingte Entlassung

Richtige Antwort: B

Erklärung: Der Widerspruch eröffnet den Weg zur Hauptverhandlung oder zu Verfahren zur Entlastung des Gerichts.